

Zur Sache

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Hamburg

Mit der Polizei kam die Gewalt

Fast alle Zeitungen berichten, daß die Demonstranten der Ostertage Gewalt ausgeübt hätten. Wir fragen dagegen, was ist überhaupt Gewalt und von wem geht die Gewalt aus?

In dem jetzt stattfindenden Hauptbahnhof-Prozess erklärte Staatsanwalt Dose unter anderem: „Die Stimmung der Demonstranten im Hauptbahnhof war zunächst friedlich — diese Stimmung dauerte an bis zum Auftreten der Bahnpolizei.“

Wir alle sind uns darin einig, daß Demonstrationen durch die Stadt und Sitzstreiks auf Straßen nicht andere Bürger körperlich beeinträchtigende Gewalttätigkeiten darstellen. Gewalttätigkeiten drücken sich vielmehr im Einsatz von Knüppelkommandos der Schutzpolizei, von zivilen Greiftrupps der Kriminalpolizei, von unter hohem Druck stehendem Wasserstrahl der Wasserwerfer und von Nebelkerzen und Tränengas aus.

Unsere demonstrativen Mittel waren also Märsche durch die Innenstadt Hamburgs und Sitzstreiks um die Verlagsgebäude des Springer-Konzerns, sowie vor dem Polizeipräsidium. Erklärte und allgemein den Demonstranten bekannte Methode des Protestes war der gewaltlose Widerstand. Wenn es zu unbedachten Reaktionen der Demonstranten kam, die einmal zu Steinwürfen gegen die Polizei führten, dann nur auf Grund von durchdachten und geplanten Knüppelaktionen der Polizei.

Die Gewalttätigkeit der Polizei wurde bei diesen Einsätzen klar unter Beweis gestellt und wird hier in einigen Zeugnisaussagen aus dem Zeugnenmaterial des Allgemeinen Studentenausschusses belegt.

Am Ostermontagabend zogen ca. 1000 Personen zum Polizeipräsidium. Sie wollten dort in einem friedlichen Sitzstreik gegen die Festnahme einiger Kommilitonen protestieren. Nachdem sich die Demonstranten dort niedergelassen hatten, kesselten hinterrücks aufgefasene Hundertschaften der Polizei die wehrlosen Demonstranten ein und knüppelten wahllos in die Menge. Erbarmungslos wurde selbst auf die am Boden Liegenden eingepreßelt. Die Brutalität der Polizei war unglaublich.

Jan Fehland, Student

Beim Polizeihochhaus setzten sich die meisten Studenten. Ungefähr 200 mit Helmen und Schlagstöcken bewaffnete Beamte schlugen und traten ohne jede Vorwarnung sofort auf die sitzenden und hilflosen Demonstranten ein, die panikartig zu fliehen versuchten. Auf mich stürmten junge Beamte ein, die mir mit verzerrten Gesichtern auf den Rücken schlugen. Ich blieb mit zwei Kolleginnen zurück, die laut weinten. Einer floß das Blut vom Kopf, beide Mädchen waren am Rande der Bewußtlosigkeit. Ich bat einen Oberbeamten, sich um die Verletzten zu kümmern, was ich mit einem Fußtritt und zwei Knüppelschlägen bezahlen mußte.

Gerd P., Studienreferendar
Ohne Vorwarnung stürzten sich die Polizisten auf die sitzenden Demonstranten und schlugen und traten auf sie ein, ohne ihnen die Möglichkeit zur Flucht zu geben... Langsam wurde ich bewußtlos... Ich versuchte aufzustehen, bekam einen gezielten Schlag in den Unterleib und fiel wieder hin... Auf der anderen Seite lagen mehrere zusammengegeschlagene Demonstranten... Ein junger Mann blutete aus Mund und Nase, ein anwesender Arzt vermutete einen Schädelbruch.

Christine Repp, Lehrerin

Als sie merkten, daß ich einer Ohnmacht nahe war, zogen mich mehrere Beamte in das Präsidium hinein. Dabei drohten die vorne gehenden Beamten meinen Körper in die entgegengesetzte Richtung, in die die hinten Tragenden drehten... ich spürte furchtbare Schmerzen und schrie... die vorderen Leute traten mir mit den Hacken, die hinteren mit den Spitzen in den Unterleib und Magen. Man

bachte mich in eine Zelle. Ein Beamter in Zivil hielt mich dabei an meiner Hand fest, die seit längerer Zeit wegen Verletzung in einem Verband steckt. Er drückte so fest, daß ich aufschrie, danach drückte er noch stärker auf meine Wunde und schlug mir mit der flachen Hand ins Gesicht... Mir wurde schlecht und ich erbrach mich.

Klaus Schmidt, Chemielaborant
Nachdem die Polizei in breiten Ketten vor den Demonstranten Aufstellung genommen hatte, ging sie im Laufschrift gegen die Demonstranten vor und schlug mit den Gummiknüppeln auf die Sitzenden und auch auf die fliehenden Teilnehmer der Demonstration ein. Ich sah, wie mehrere weibliche Teilnehmer von mehreren Polizisten zugleich geschlagen wurden. Die Polizeiketten gingen auch noch gegen Demonstranten vor, die bereits bis zu 500 m vom Polizeipräsidium entfernt waren und wegließen... Ich bekam einen Schlag auf den Kopf.

Andreas Tomczak, Studienreferendar

Die Polizei sprang aus dem Wagen, hob auf Kommando die Gummiknüppel und zielte ohne Vorwarnung sofort über die sitzenden Demonstranten her. Ich ging auf die gegenüberliegende Straßenseite, da ich dort einen bewußtlosen blutüberströmten Demonstranten sah. Ich bat die Polizisten um einen Verbandskasten, der mir jedoch mit dem Hinweis, wir könnten rüht auf den Unfallwagen warten, verweigert wurde.

Astrid Grell, kaufm. Angestellte

Ich habe 3 Verletzte gesehen, auf die die Polizei losgeprügelt hat, obwohl sie schon auf dem Boden lagen und sich nicht wehren konnten.

Hartmut Reiser, Kunstmaler

Ich wurde am Montag bei der friedlichen Demonstration vor dem Polizeipräsidium aus der Reihe der Demonstranten gezielt herausgeriffen („Greiffen mit den langen Haaren!“) und von 5 oder 6 Beamten gleichzeitig mit Gummiknüppel- und Faustschlägen... dann mit brutalsten Methoden (gezielte Knüppelschläge auf den Kopf, gezielte Schläge in die Gesichtspartien) bis in die Zelle geprügelt. All dies geschah unter den Augen höherer Zivilbeamter, die die Polizeibeamten durch unartikuliertes Rufen noch anteuerten.

Wer also Gewalt ausübt, vorzüglich und geplant, ist nachweisbar: Es ist die Polizei. Sie und vor allem ihre politische Führung sind dafür zur Verantwortung zu ziehen.

Draufhauen! Nachsetzen!



Das ist das Hauptmotto der Polizei gegenüber friedlichen Demonstranten. Bei den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Bremen im Januar feuerte Bremens Polizeipräsident Erich von Bock und Polach seine mit Gummiknüppeln bewaffneten Polizeitruppen an: „Draufhauen, draufhauen — nachsetzen!“ Das geschah jetzt auch in Hamburg, wie unser Bild beweist.

BILD schoß mit Was hat Springer mit Dutschke zu tun?

Die systematische Verteufelung von Rudi Dutschke als Buhmann der außerparlamentarischen Opposition hat ihre Früchte getragen: Am Gründonnerstag wurde auf den bekanntesten Studenten Deutschlands ein politisches Attentat verübt.

Der Attentäter Bachmann erklärte dazu: „Ich habe auf Dutschke geschossen, weil ich ihn für einen Kommunisten halte.“

Diese Worte beleuchten schlagartig die Situation in der Bundesrepublik. Hier genügt offenbar schon eine vermutete Parteizugehörigkeit, um einen Mordanschlag zu rechtfertigen.

Woran liegt das?

Seit Jahren schon wird in der Bundesrepublik eine panische Kommunistenfurcht erzeugt. Besonders hat sich hierbei Axel Cäsar Springer hervor getan, dessen Pressekonzern das Meinungsmonopol in Westdeutschland ausübt. Seit einiger Zeit hat Springer diese Verketzerung auch auf andere Gruppen ausgedehnt. Es ist ihm durch geschickte Meinungsmaße gelungen, alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik mit den Kommunisten gleichzusetzen. Auf diese Weise versucht er, die außerparlamentarische Opposition, die von Arbeitern, Angestellten, Studenten und anderen demokratischen Kräften gemeinsam getragen wird, in der Öffentlichkeit unmöglich zu machen.

suchte Springer seit langem, eine Pogromstimmung unter der Bevölkerung zu erzeugen.

Die Saat der Gewalt ging auf. Die Aufforderung zur Selbstjustiz der Bevölkerung gegen die „roten Banditen“ zeigte ihre ersten Erfolge auf der berüchtigten Senatskundgebung zum Vietnamkrieg in Berlin am 21. 2. 1968.

Dort wurde ein junger Mann, der das Pech hatte, Rudi Dutschke ähnlich zu sehen, fast von der aufgehetzten Masse verletzt.

Seitdem hat die Springerpresse, voran BILD und DIE WELT, ihren Meinungsterror ständig verstärkt; ein Zufall, daß Dutschke unter diesen Umständen der Volksverhetzung nicht eher zum Opfer fiel! Kein Zufall dagegen, daß die Springerpresse den Attentäter als „hobirren Einzelgänger“ hinstellt! Damit will sie nur von ihrer Mitschuld an diesem politischen Mordversuch ablenken.

Der Springerterror

gipfelte bisher in der hysterischen Reaktion auf das Attentat an Dutschke. Der Mordanschlag und die selbstverständlichen spontanen Kundgebungen der demokratischen Kräfte gaben der Springerpresse den langersehnten Startschuß. Notstandspraktiken zu fordern. Für sie ist das Attentat nur ein Vorwand, die außerparlamentarische Opposition jetzt endgültig zum Schweigen zu bringen.

Um den Zusammenhang zwischen dem Mordversuch an Dutschke und der politischen Meinungshetze des Springerkonzerns deutlich zu machen, haben die demokratischen Kräfte vor den Verlagshäusern des Springerkonzerns demonstriert und werden auch in Zukunft nicht darauf verzichten, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen.

Ein immer wiederkehrendes Bild an den vergangenen Ostertagen: Sitzstreiks der Demonstranten werden mit Gewalt von der Polizei gebrochen.





Springer pfeift – Regierung tanzt

„Eine radikale Minderheit probt den Aufstand. Eine radikale Minderheit will diktiert werden, welche Zeitungen die Menschen in der Bundesrepublik lesen dürfen... Es rollt ab nach Plan. Mit Sprechfunkgeräten. Mit Kommandozentralen.“ „Kommunistische Maßarbeit.“ Springer-Meinung (BILD vom 16. April).

„Die Bundesregierung und die Länder, Polizei und Justiz werden Hand in Hand arbeiten, um weitere gewalttätige Ausschreitungen von vornherein im Keim zu ersticken.“ „Das Kabinett stellte fest, daß die Verantwortung für die Ausschreitungen in erster Linie beim SDS liege.“ Staatssekretär Diehl erwähnte, daß die Kommunisten nach anfänglichem Zögern mitmachten.“ Meinung der Bundesregierung (laut WELT vom 18. April).

Beide Stellungnahmen weisen (ausgesprochen oder nicht) drei Punkte auf, Denkwürdigerweise dieselben: 1. es war eine „Minderheit“, 2. es existierte ein „Plan“,

3. es handelte sich um „Kommunisten“.

Offenbar ist die Sache eindeutig. Aber ist sie das wirklich? Ist es nicht vielmehr so, daß nicht einmal die Bundesregierung – allen voran Kiesinger – wagt, sich gegen Springer zu stellen? Ist die panische Angst vor Springerschem BILD-Terror nicht stärker als die Einsicht?

Ist es wirklich so, daß die Bundesregierung nach Springers Pfeife tanzt?

Allerdings gab es auch Ausnahmen, es sei hier dankbar registriert. 1. Vorsitzender der IG Metall Otto Brenner und Dahrendorf (FDP) bewahrten sich eine objektive Optik. Resultat: heftige Attacken aus dem „Hause Springer“ und – wie man hört – aus Bonner Kreisen. Wir Studenten haben mit der Forderung des Springersche Meinungsmonopol zu verhandeln, eine POLITISCHE Forderung aufgestellt. Politische Forderungen verlangen politische Lösungen. Keine Schlagstöcke.

Wir fordern:

Wir fordern von der Bundesregierung und vom Bundestag:

- daß sie sofort geeignete Maßnahmen beschließen, um die verhängnisvolle Konzentration auf dem Pressemarkt zu beenden;
- daß die seit langem geforderten Reformen an den Schulen und Hochschulen endlich verwirklicht werden, wobei die berechtigten Forderungen der Schüler und Studenten nach demokratischer Mitbestimmung unbedingt zu berücksichtigen sind;
- daß sofort geeignete Maßnahmen zur Verwirklichung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, die wir als eine Grundforderung sozialer Gerechtigkeit betrachten, eingeleitet werden;
- daß sie das politische, militärische und wirtschaftliche Engagement der BRD in Vietnam, Griechenland, Spanien, Portugal und den Diktaturen der Dritten Welt öffentlich überprüfen, da die politische Praxis dieser Länder mit den Grundsätzen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates unvereinbar ist;
- daß sie umgehend die Maßnahmen ergreifen, die die Rückkehr der illegal und gewaltsam aus der BRD entführten südkoreanischen Bürger ermöglichen und sich unserem Protest gegen die Terrorjustiz, der die Entführten in ihrem Heimatland ausgesetzt sind, anschließen; daß sie schließlich eine Grundgesetzänderung beschließen, die einen Volksentscheid über die Notstandsgesetze und die Wahlrechtsreform zuläßt. Die Versammelten sehen die Planung von Notstandsgesetzen und einer Wahlrechtsreform

als eine Gefährdung dieser Demokratie an und wissen sich hierin mit weiten Teilen der Bevölkerung der BRD einig.

Wir fordern alle, die an einer wahrhaft demokratischen Aussprache interessiert sind, auf, diese Forderungen aufzugreifen und zu ergreifen. Die Bevölkerung der BRD hat ein legitimes Recht auf eine befriedigende Beantwortung dieser Forderungen durch die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag.

Die Demonstrationen der letzten Tage haben tiefgreifende soziale Ursachen. Wir bedauern, daß die Bundesregierung – die Erklärung des Herrn Bundesjustizministers Heilmann ausgenommen – diese Ursachen bewußt verschweigt und sich mit der Forderung nach weiteren staatlichen Gewaltmaßnahmen zur Unterdrückung der Unruhe begnügt. Wir erklären, daß wir es nicht zulassen werden, daß unsere berechtigten politischen Forderungen erneut hinter den Parolen von öffentlicher „Ruhe und Ordnung“ verschwinden. Auch wir mißbilligen jedes gewaltsame Vorgehen und haben uns bemüht, ein solches Vorgehen zu verhindern. Die Kritik an unorganisierten und spontanen Gewaltanwendungen einzelner Demonstranten darf jedoch nicht länger den Blick auf die Notwendigkeit dringender Reformen in diesem Lande verstellen.

Die Studenten, Schüler, Professoren, Angestellten und Arbeiter, am 17. April 1968 in der Universität Hamburg versammelt sind, legen der Bürgerchaft der Freien und Hansestadt Hamburg die Forderung vor, den Präses der Innenbehörde, Herrn Senator Ruhnuh, seines Amtes zu entheben. Senator Ruhnuh hat erneut seine HILflosigkeit gegenüber dem Polizeiparappat bewiesen, der oft genug unverhältnismäßig und von der politischen Führung unkontrolliert zuschlug.

Brenner warnt Bundesregierung

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat heute in Frankfurt seine Abscheu vor dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke und seine Sorge über die Folgen zum Ausdruck gebracht. Die Schuld daran treffe jene, die besonders in Berlin gegen linke Minderheiten hemmungslos Haß geschüttelt hätten. Bereits am Karfreitag hatte Brenner ein entsprechendes Telegramm an Frau Dutschke gerichtet.

Der Gewerkschaftsvorsitzende warnt in seiner Erklärung die Bundesregierung davor, die Studentenunruhen im Anschluß an das Attentat auf Rudi Dutschke eventuell als Vorwand für eine Forcierung ihrer Notstandspläne zu benutzen. Ein solcher Versuch würde auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen.

Andererseits müßte auch den Studenten klargemacht werden, daß sie durch bestimmte Aktionen in Gefahr geraten, die Absichten ihrer Gegner zu fördern, der Demokratie Schaden zuzufügen und bei der Bevölkerung auf Ablehnung zu stoßen, anstatt sie für sich zu gewinnen.

Brenner kündigte an, daß die IG Metall in Zukunft mehr als bisher in ihrer Presse- und Bildungsarbeit auf die Gefahren der Meinungsmanipulationen eingehen und über authentische Angelegenheiten aufzuklären werde. Sie werde auch wissenschaftliche Untersuchungen unterstützen, die der Überprüfung der Rolle des Hauses Springer dienen. In der Konsequenz müsse es zu einer Gesetzesinitiative des Bundestages gegen Pressemonopole kommen.

An die Polizei appellierte Brenner, bei den Auseinandersetzungen mit den Demonstranten, die von einem Grundrecht unserer Verfassung Gebrauch machten, Gewaltanwendung zu vermeiden.

ZUR SACHE

Herausgeber: Presserat des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Hamburg.
Verantwortlich: Werhert Otto, Hamburg, Studentenhaus, Schillerstraße 7.
Druck: Plambeck & Co., Neumünster

Weder Pankow... Diese Zeitung wird weder von Pankow noch von Peking finanziert. Die Druckkosten in Höhe von 2000 Mark wurden durch eine Sammlung unter den Teilnehmern des Teach-ins vom 17. April 1968 gedeckt.

Gefahr durch Springer

Seit Tagen ist die Polizei dabei, gewaltlos demonstrierende Studenten reihenweise zusammenzuschlagen. Ist das nötig? Der Hamburger Senat sagt: Ja! Er hat in seinen Erklärungen das Verhalten der Polizei ausdrücklich gebilligt. Und warum das? Die Bundesregierung sagt, sie müsse die Pressefreiheit schützen!

Ist das wahr? Oder was ist daran falsch!

Unser Grundgesetz garantiert ausdrücklich die Pressefreiheit. Die Presse hat eine demokratische Kontrollfunktion gegenüber Parlament und Regierung. Erfüllt die Springer-Presse diese Kontrollfunktion?

Die Studenten sagen: nein! Warum nicht?

Springer erreicht seine hohen Auflagen, besonders mit BILD, dadurch, daß er Zeitungen machen läßt, wie andere Leute Seife machen. Für Springer ist nur wichtig, was der Leser wohl haben will, was sich also gut verkaufen läßt. Für Springer zählt nur der Verkaufserfolg, gleichgültig, ob das noch etwas mit demokratischer Kontrolle der Regierung zu tun hat. Damit verstößt Springer bereits gegen den Sinn der Pressefreiheit. Aber noch gefährlicher ist der Stil seiner Bildzeitung. In ihr läßt Springer eingehende Meldungen nicht als Nachrichten drucken, sondern bereits mit einem Kommentar vermischt als vorgefaßte Meinungen bringen. Der Leser wird also überhaupt nicht erst objektiv informiert, damit er sich eine eigene Meinung bilden kann. Er wird durch die in Springers Sinne bereits „erklärt“ Nachricht planmäßig dazu erzoogen, selbst nicht mehr kritisch zu denken, sondern alles als richtig und wahr anzunehmen.

Durch dieses Erziehen zur Denkfaulheit wird der Leser planmäßig politisch entmündigt. Die Folge solch eines jahrelangen Vorgehens sind „Wahlkämpfe“, die nichts Politisches aussagen außer ein paar sinnlosen unpolitischen Schlagworten wie „sicher ist sicher“. Die Folgen sind aber auch, daß in der Bundesrepublik ein politischer Skandal den anderen ablösen kann, ohne daß der Durchschnittsbürger überhaupt davon Kenntnis nimmt, geschweige sich dazu kritisch äußert.

Die politische Gefahr der Springer-Presse ist aber noch viel größer. Springer ist es inzwischen mit solchen Methoden gelungen, eine Monopolstellung auf dem Zeitungsmarkt einzunehmen. Durch immer größere Anzeigenaufträge wurde er auch wirtschaftlich immer mächtiger. Dadurch gelang es ihm, immer mehr unabhängige, kleinere Zeitungen koputzumachen.

● Heute ist es soweit, daß Springer in seinen Zeitungen die Unwahrheit schreiben kann, ohne daß der Bürger die Möglichkeit hat, sich noch in verschiedenen anderen Zeitungen darüber zu äußern. Springer hat sich ● hauptsächlich, was BILD ● schreibt.

Heute ist es soweit, daß Springers Presse-Imperium sich immer weiter vergrößern läßt, weil er auf allen Pressegebieten genug Zeitungen hat, um in diesen für seine neuen Zeitungen eine riesige Reklame zu machen. Ein typisches Beispiel dafür ist „Jasmin – die Zeitschrift für Menschen zu zweit“, die kurz nach ihrem ersten Erscheinen bereits über 1 Million Druckauflage hat. Für sie wurde schon im Herbst 1967

Zeitung zum Teil mit ganzen Seiten erworben. Heute ist es soweit, daß Springer auf jeden, dessen Verhalten ihm nicht paßt, einen massiven Druck ausüben kann, indem er seine Millionen Leser dagegen auhett.

Dafür ist ein besonders krasse Beispiel Springers Kampagne gegen das Fernsehen. Darum versucht Springer seit Jahren gegen diese, eine der letzten Einrichtungen mit von Springer unabhängiger Berichterstattung unter dem Vorwand des Anzeigenverlustes mit allen publizistischen Mitteln vorzugehen und sogar ein Springer-eigenes Fernsehen zu gründen.

● Heute ist es soweit, daß ● kein Politiker es mehr wagt, ● eine Meinung zu äußern, ● die anders ist als die von ● Millionen BILD-Lesern, die ● Springer dagegen mobilisieren kann.

Heute ist es soweit, daß Springer damit regelrechten Meinungsterror ausüben kann. Das aber haben als erste die Studenten erkannt. Sie haben versucht dagegen zu protestieren. Ohne jeden Erfolg, denn es gelang ihnen überhaupt nicht, sich gegenüber dem Meinungsmacher Springer Gehör zu verschaffen. Selbst der dann endlich vom Bundestag eingeseetzte Presseausschuß brachte nichts zustande.

Durch diese Meinungsmache konnte eine politische Atmosphäre entstehen, die in Berlin zu dem Attentat auf Dutschke führte. Und darum gehen die Studenten heute gegen Springers Meinungsmache auf die Straße, um sich Gehör zu verschaffen.

Darum verteidigt Springer die Studenten und die ganze außerparlamentarische Opposition. Denn sie haben zuerst erkannt, daß Springers Meinungsterror die Pressefreiheit gefährdet und daß nichts geschieht, um dieser gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Dieser Entwicklung, die es ermöglichen würde, die Notstandsgesetze doch noch zu verabschieden und damit das Ende unserer Demokratie und Pressefreiheit in sichtbare Nähe rücken würde.

Das aber zu verhindern, ist das Ziel der Studenten, und es gibt bereits Tausende, die das auch erkannt haben und die dabei unterstützen wollen.

Noch immer im Krankenhaus

Schwerverletzt liegt Dieter Schmidt im Hafenkrankenhaus. Er wurde von einem Springer-Fahrzeug überfahren. Die Polizei, die heute nach Rechtfertigungsgründen sucht, bezeichnete in ihrem Funkverkehr diesen Unfall selber als „vorzeitlich“. Das Verhalten dieses Springer-Fahrers ist bezeichnend für die im Hause Springer erzeugte Hysterie gegenüber den Demonstranten.

Es wird weiter demonstriert!

Wir werden weiter friedlich und gewaltlos demonstrieren, deshalb kommen Sie zur Kundgebung gegen den Faschismus in Griechenland, heute, den 19. April, um 18 Uhr, an der Moorwäld, Dammtorbehnhof.